

Unsere forderungen

Eine Finanzagenda der Bürgerinnen und Bürger



**CHANGE
FINANCE**

In der EU hat die Finanzlobby Reformen verhindert, die die Gesellschaft vor weiteren Finanzkrisen bewahren könnten, nur um extreme Gewinnmargen von Banken, Versicherungen und Anlageverwaltern zu schützen. Das Finanzsystem ist nach wie vor instabil und krisenanfällig: Es fördert den Klimawandel, indem weit mehr Gelder in fossile Brennstoffe investiert werden als in erneuerbare Energien. Es trägt zu wachsender Ungleichheit bei, indem Finanzinvestoren auf kurzfristige Gewinne für ihre Anleger fokussieren, während der Wirtschaft, den Arbeitnehmer*innen und den öffentlichen Haushalten Werte entzogen werden. Die unterschiedlichen Möglichkeiten, wie Finanzmärkte auf die Gesellschaft und das Leben der Menschen einwirken, können Sie [hier](#) auf Englisch nachlesen.

“Perhaps the most dangerous failure, lies in the unwillingness to deal with problems which lie at the heart of the system and persist today. The finance sector, which caused the crisis, looks remarkably unaltered.”

The Economist, 4th August 2018

Die Change Finance Koalition fordert eine **tiefgreifende Transformation des Finanzsystems**, damit es stabil und demokratisch regiert wird und im Dienste von sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit steht. Für dieses Ziel sollte die EU unter anderem folgende Schritte unternehmen:

EIN STÄRKER DIVERSIFIZIERTES BANK- UND FINANZSYSTEM, DAS SICH AUF DIE FINANZIERUNG VON LANGFRISTIGEN SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN ZIELEN KONZENTRIERT

Der Finanzlobby gelang es erfolgreich, ein EU-Gesetz zu unterbinden, das die Banken zwingen würde, ihre Geschäftsfelder aufzuteilen und sich zu diversifizieren, wie dies von der Zivilgesellschaft und einer **Expertenkommission** gefordert wurde. Viele Banken, aber auch Investmentfonds, sind immer noch so groß und vernetzt, dass ihre Pleite eine Wirtschaft in die Krise stürzen kann, wenn sie nicht mit öffentlichen Geldern gerettet würden. Darüber hinaus untergräbt die Lobby **Gesetzesvorschläge der Europäischen Kommission zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums**, die Finanzinvestoren für negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt (insbesondere den Klimawandel) zur Rechenschaft ziehen würde.

- EU-Regulierungen müssen den Banken- und Finanzsektor so umgestalten, dass keine Banken oder Wertpapierfirmen so groß sind, dass sie bei einer Pleite die Wirtschaft destabilisieren würden. Das traditionelle Bankgeschäft mit Kundeneinlagen muss vom Investmentbanking getrennt werden. Dadurch wird sichergestellt, dass die Einlagen der Kunden geschützt sind, Kredite für nachhaltige Aktivitäten gewährt und Spekulationen stark reduziert werden. Im traditionellen Bankgeschäft sollte es nicht länger erlaubt sein

Verbriefungen (von Aktien oder Anleihen) oder Derivate zu handeln und Geschäfte mit Schattenbanken einzugehen.

- Neue EU-Verordnungen müssen dafür sorgen, dass Kreditvergabe und Investitionen auf produktive, langfristige, sozial- und umweltfreundliche Aktivitäten ausgerichtet werden. Es können z.B. Kreditziele für nachhaltige Wirtschaftssektoren festgelegt sowie Verbote für die Finanzierung unproduktiver oder umweltschädlicher Aktivitäten ausgesprochen werden. Der EU-Aktionsplan für nachhaltige Finanzierungen muss verbindlich werden, damit die Finanzierung von klimaschädlichen Industriezweigen und spekulativen Aktivitäten, die Ungleichheit vergrößern, verhindert werden.
- Rechtliche und politische Hindernisse in der EU müssen beseitigt werden, um einen diversifizierten Bank- und Finanzsektor zu schaffen, der den Bürger*innen Europas dient. Dies könnte folgende Institutionen umfassen: öffentliche Banken, lokale Banken, Genossenschaftsbanken, Volksbanken oder ethische Banken und Investmentfonds. Insgesamt müssen Finanzunternehmen demokratischer werden, indem sie Personen in ihre Vorstände wählen, die das öffentliche Interesse vertreten.

REGULIERUNG ALLER FINANZAKTEURE, SO DASS SPEKULATIVE GESCHÄFTE UND SCHATTENBANKEN VERHINDERT WERDEN

Ein großer Teil des Nichtbankensektors („Schattenbanken“), der Kredite bereitstellt und komplexe spekulative Geschäfte für kurzfristige Gewinne tätigt, ist kaum reguliert. Die hartnäckige Lobbyarbeit der Hedgefonds führte z.B. zu einer schwachen EU-Richtlinie, die es ihnen immer noch erlaubt, sich in Steueroasen niederzulassen, aus Spekulationen mit

Unternehmen, Energie- und Lebensmittelpreisen und sogar privatisierten öffentlichen Dienstleistungen hohe Gewinne zu ziehen und die Finanzmärkte zu destabilisieren. Zudem hat die Finanzlobby ein EU-Gesetz zur Reduzierung des automatisierten spekulativen Börsenhandels in Nanosekunden („Hochfrequenzhandel“) verhindert, obwohl dieser sozial nutzlos und gesellschaftlich schädlich ist.

- EU-Gesetze sollten kurzfristige spekulative Kredite und Investitionen zu verhindern suchen. Dies sollte die Spekulation mit Nahrungsmitteln und Energiepreisen, den Hochfrequenzhandel sowie Verbriefung abdecken – insbesondere wenn diese im Zusammenhang mit CO₂-basierten Aktivitäten und Spekulationen mit Kryptowährungen (wie Bitcoin) stehen. Hedgefonds und andere „Schattenbanken“, die nicht in langfristige produktive, sozial und ökologisch vertretbare Unternehmungen investieren, sollten verboten werden. Alle übrigen Institutionen müssen wie Banken streng reguliert und überwacht werden und höhere Kapitalreserven vorhalten. Dies sollte den Finanzsektor verkleinern und sozial nutzlose Finanzaktivitäten verhindern.
- Neue EU-Gesetze sollten Kredite und Investitionen fördern, die gründliche Folgenabschätzungen durchführen und dabei die Kriterien Umwelt, Gesellschaft und Governance (ESG) über die gesamte Umsetzungsdauer der Projekte beachten.
- Die Gesetze, die den EU-Aktionsplan für nachhaltige Finanzen begleiten, sollten streng genug sein, um Greenwashing (z. B. grüne Anleihen, Öko-Labels) zu vermeiden und einen ökologischen Wandel im Finanzsektor zu ermöglichen.
- Die EU sollte ihr System des freien Kapitalverkehrs überprüfen, um das Finanz- und Währungssystem der EU zu stabilisieren. Die Kapitalflüsse sollten so gesteuert werden, dass die eingegangenen Klimaschutzverpflichtungen und die Sustainable Development Goals (SDGs) unterstützt werden.

GERECHTE STEUERN AUF VERSCHIEDENE ARTEN VON FINANZTRANSAKTIONEN, DAMIT AUS DEN EINNAHMEN SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE ZIELE FINANZIERT WERDEN KÖNNEN

Finanzakteure nutzen Steueroasen innerhalb der EU (einschließlich Luxemburg, Niederlande, Großbritannien) und außerhalb der EU, um ihre Steuerschulden kleinzurechnen. Dadurch werden den öffentlichen Haushalten die Mittel vorenthalten, die sie für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und Güter benötigen und die soziale Ungleichheit wird weiter erhöht. Als sich elf EU-Regierungen 2013 dazu entschlossen an der Einführung einer regionalen Finanztransaktionssteuer (FTT) zu arbeiten, wurde der Druck der Finanzlobby diese Steuer nicht einzuführen so

groß, dass die Verhandlungen schließlich auf Eis gelegt wurden und sich jahrelange Forderungen der Zivilgesellschaft in Luft auflösten. Aktuelle Forderungen zur Einführung einer FTT sollen laut Handelsblatt nur noch Aktien umfassen und würden damit viele Finanzaktivitäten, z.B. mit Derivaten, nicht abdecken.

- Die EU muss eine Steuerreform umsetzen, damit alle Unternehmen, inklusive der Finanzsektor ihre fälligen Steuern zahlen.
- Finanztransaktionssteuern müssen für alle Finanzmärkte, -produkte und -akteure eingeführt, und nicht wie in aktuellen Vorschlägen auf wenige Produkte beschränkt werden. Die FTT sollte längerfristig angelegte Investitionen und Kredite für sozial und ökologisch nachhaltige Aktivitäten fördern. Die Einnahmen aus der FTT sollten zur Lösung sozialer und ökologischer Herausforderungen, wie Klimawandel und sozialer Ungleichheit, sowohl in Europa als auch in Entwicklungsländern verwendet werden.
- Die EU sollte die Umverteilung von Vermögen durch das Steuersystem unterstützen, einschließlich einer Reform, die Einkommen aus Kapital höher besteuert als Einkommen aus Arbeit. So soll verhindert werden, dass Bürger*innen darauf angewiesen sind, sich für die Grundbedürfnisse des Lebens auf kostspielige Kredite zu stützen.

DEMOKRATISCH ORGANISIERTE UND RECHENSCHAFTSPFLICHTIGE REGULIERUNGS- UND FINANZBEHÖRDEN, DIE DAS ÖFFENTLICHE INTERESSE IN DEN MITTELPUNKT IHRER ARBEIT STELLEN

Der Finanzsektor hat Regulierungsstellen, Aufsichtsbehörden und Zentralbanken aktiv beeinflusst – durch mündliche und schriftliche Konsultationen, in Beratungsgruppen, während Veranstaltungen mit privilegiertem Zugang sowie in exklusiven Clubs. Regulierer, Aufsichtsbehörden und Zentralbanken haben es daher versäumt, im öffentlichen Interesse zu handeln, die Bürger*innen zu schützen und ihre Macht zur Umgestaltung des Finanzsystems zu nutzen.

- Die Governance von Zentralbanken sowie Aufsichts- und Regulierungsbehörden sollte sich so ändern, dass sie gegenüber allen Beteiligten in der Gesellschaft, einschließlich der Parlamentarier*innen, rechenschaftspflichtig sind. Sie sollten Rechenschaft über ihre Aufsichtsarbeit und ihre Geldpolitik ablegen. Die Aufsichtsbehörden sollten ihre (jährliche) Planung dem Parlament zur Abstimmung vorlegen und insgesamt müssen sie repräsentativer werden, indem sie beispielsweise Interessengruppen aus allen Bereichen der Gesellschaft in ihre Vorstände und Gremien aufnehmen.
- In allen EU-Sektorgesetzen sollte klargestellt werden, dass Regulierungs- und Aufsichtsbehörden sowie

Zentralbanken das Mandat und die Pflicht haben Ziele der Sozial- und Umweltpolitik zu berücksichtigen und zu unterstützen. Dazu gehören menschenwürdige Beschäftigung sowie angemessene Vermögenspreise und andere langfristig nachhaltige wirtschaftliche Ziele. Kapitalflüsse, Kredite und Geldschöpfung sollten entsprechend umsichtig gesteuert werden.

- Die EU sollte sicherstellen, dass Entwicklungsländer, in denen EU-Banken und andere Finanzunternehmen einen Sitz haben, keine negativen Auswirkungen erleiden. Das

heißt, dass Handelsabkommen der EU, die zur Liberalisierung der Finanzströme mit diesen Ländern geführt haben, überarbeitet werden müssen. Zudem müssen Kooperationsabkommen zwischen den Aufsichtsbehörden des Heimat- und des Gastlandes aufgesetzt werden. Darüber hinaus sollte die EU die Beteiligung der Entwicklungsländer an internationalen Finanzentscheidungen fördern.

Weitere Informationen zu unseren Forderungen finden Sie [hier](#).

Die **Change Finance Coalition** setzt sich aus Mitgliedsorganisationen aus ganz Europa zusammen und arbeitet daran, die schädlichen Aktivitäten der Finanzlobby aufzudecken und zu verhindern.

Wir fordern eine **Finanzagenda der Bürger**, die soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demokratie anstrebt. Sie soll folgende Punkte umfassen:

- ein stärker diversifiziertes Banken- und Finanzsystem, das sich auf die Finanzierung von langfristigen sozialen und ökologischen Zielen konzentriert;
- ein Finanzsystem, das Schattenbanken verhindert, da diese durch fehlende Regulierung ein gefährliches Risiko für unsere Volkswirtschaften darstellen;
- gerechte Steuern auf verschiedene Arten von Finanztransaktionen, damit soziale und ökologische Ziele aus den Einnahmen finanziert werden können;
- demokratisch organisierte und rechenschaftspflichtige Regulierungs- und Finanzbehörden, die das öffentliche Interesse in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen.

Diese Reformen sind illusorisch, wenn wir nicht den übermäßigen Einfluss der Finanzlobbys auf politische Entscheidungsträger verringern.



www.changefinance.org/de